

**Verantwortliche Redakteure.**  
 Für den politischen Theil:  
 G. Fontane,  
 für Beuilletton und Vermischtes:  
 J. Steinbach,  
 für den übrigen redakt. Theil:  
 J. Häßfeld,  
 sämtlich in Posen.  
 Verantwortlich für den Inseratentheil:  
 J. Küngkist in Posen.

# Posener Zeitung

Achtundneunziger Jahrgang.

Jr. 265

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierjährig 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 17. April.

**Inserate**  
 werden angenommen  
 in Posen bei der Expedition der  
 Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
 bbl. Ad. Hösch, Hoflieferant,  
 Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,  
 Otto Wickel, in Firma  
 J. Junmann, Wilhelmstraße 8,  
 in den Städten der Provinz  
 Posen bei unseren  
 Agenturen, ferner bei den  
 Annoncen-Expeditionen Kießel  
 J. Haasekamp & Sohn A.-G.,  
 G. L. Daube & Co., Jena.

**Inserate**, die sich gehaltenen Zeitzeile oder deren Raum  
 in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite  
 80 Pf., in der Mittagansage 25 Pf., an bevorzugter  
 Stelle entsprechend höher, werden in der Einzelaktion für die  
 Mittagansage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
 Morgenansage bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

## Deutscher Reichstag.

101. Sitzung vom 16. April, 11 Uhr.  
 (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung der Gewerbenovelle wird fortgesetzt mit § 135, welcher die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren, sowie schulpflichtiger Kinder in Fabriken verbietet und die Maximalarbeitszeit für Kinder unter 14 Jahren auf 6, für Personen von 14 bis 16 Jahren auf 10 Stunden täglich festsetzt.

Ein Antrag Auer will das Verbot der Fabrikarbeit auf die Altersgrenze von 14 Jahren ausdehnen. Ferner setzt ein Antrag Auer die Maximalarbeitszeit von 10 Stunden für Personen unter 18 Jahren, ein Antrag Frhr. v. Münnich für Personen unter 17 Jahren fest.

Abg. Trötsch (nl.) ist mit dem Kommissionsbeschluss einverstanden. Der sozialdemokratische Antrag, welcher das Verbot der Fabrikarbeit für Kinder unter 14 Jahren ausspreche, sei unannehmbar, weil z. B. in Bayern das alte Schuljahr nicht bestehende Kinder von 13 Jahren also nicht mehr schulpflichtig seien, und das Reichsgesetz die bundesstaatlichen Verhältnisse berücksichtigen müsse. Eine einheitliche Regelung im ganzen Deutschen Reich für die Altersgrenze von 14 Jahren sei nicht herbeizuführen. Kräftigen Kindern von 13 Jahren würde eine leichte sechsstündige Arbeit in der Fabrik auch besser bekommen, als in der Haushaltung, oder der Mützigkeit auf der Straße. In seiner Fabrik hätten ihn die Eltern darum, ihre Kinder in die Fabrik aufzunehmen, darin zeige sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Arbeitern und Arbeitgeber. Eine Maximalarbeitszeit von 10 Stunden für Personen unter 18 Jahren würde die Konkurrenzfähigkeit mancher Industriezweige gefährden.

Abg. Wöllmer (dfr.) ist der Ansicht, daß man bei dieser überaus wichtigen Frage die Mitzstände nicht nur mildern, sondern mit der Wurzel ausrotten müsse. Man überschätze die ökonomische Seite der Frage. Im Jahre 1888 seien im Ganzen einschließlich der Kinder unter 13 Jahren und der schulpflichtigen Kinder nur 22 913 Kinder beschäftigt gewesen. In Bayern hätte sich die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder vom Jahre 1886 bis 1888 um die ungeheure Zahl von 50 Prozent vermehrt, während sie in Preußen annähernd konstant geblieben sei. Deshalb sei gerade die Rücksicht auf Bayern am wenigsten angebracht. Die Kinder brauchten ja nicht auf der Straße sich herumzutreiben, sondern sie könnten sonst nützlich beschäftigt werden durch kleine Dienstleistungen und dergleichen. Der partikularistische Standpunkt des Vorredners sei in dieser Frage unberechtigt; eher solle Bayern seine Schulgesetzgebung ändern. Redner erklärt sich mit einem Theil der freiheitlichen Partei für den Antrag Auer. Die volle Befreiung der Kinderarbeit werde eine moralpolitische Wirkung auf die Kulturstäaten, welche an der internationalen Konferenz Theil genommen hätten, nicht verfehlten, und werde in letzter Instanz auch unserer Industrie zu Gute kommen. Denn die Industrie könne bei einem Volke nicht gedeihen, dessen Jugend degeneriere, und physisch, moralisch und geistig abgetumpft werde.

Bayerischer Bevollmächtigter Geb. Rath Landmann erläutert es für unrichtig, daß an dieser Frage nur Bayern interessirt sei. Auch in Württemberg und anderen deutschen Staaten sei die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken üblich. Die außerordentliche Unzulänglichkeit der Kinderarbeit in Bayern seit 1886 stelle er nicht in Abrede, aber die absolute Zahl der beschäftigten Kinder sei geringer als in anderen Staaten, z. B. in Sachsen. Mit diesem Gesetz dürfe man einen Druck auf die Gesetzgebung der Einzelstaaten, die nicht der Reichsgesetzgebung unterliege, nicht ausüben. In Bezug auf die Volksschulbildung könne sich Bayern mit allen anderen Staaten messen. Die Jugend in Bayern sehe auch gar nicht degeneriert aus.

Abg. Meister (Soz.) tritt für den Antrag Auer ein, der schon 1877 von der Zentrumspartei eingebracht gewesen sei. Wenn man in Bayern nicht die 8jährige Schulzeit einführen wolle, dann solle man die Schulpflicht erst mit dem siebten Lebensjahr beginnen lassen. Denn eine gesunde Generation könne nur erzielt werden durch eine gesunde, dem wissenschaftlichen Standpunkte entsprechende Erziehung. Es sei geradezu ein Verbrechen, Kinder

unter 14 Jahren in die Fabrik zu schicken. Die Kinder gehörten in die Schule und dann auf den Spielplatz; man dürfe sie aber nicht von Fabrikanten oder Kunstmeistern ausnehmen lassen. Wenn die Fabrikarbeit erzieherische Wirkung ausübe, dann sollten doch die Fabrikanten ihre Kinder in die Fabriken schicken.

Geb. Rath Dr. König empfiehlt den Kommissionsbeschluss, der einen großen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen darstelle und Deutschland in dieser Beziehung an die Spitze fast aller Kulturstäaten bringe. Vom sanitären Standpunkte aus brauche man keine Befürchtung zu haben, da alle Maßnahmen für den Schutz der Gesundheit in den Fabriken gegeben seien. Durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit werde die Industrie in eine schwierige Lage gebracht werden. Die internationale Konferenz sei noch gar nicht so weit gegangen. Wohl aber würden die Regierungen damit einverstanden sein, wenn bis zur dritten Leistung ein Antrag eingebracht würde, welcher die Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren von einem ärztlichen Zeugnis abhängig mache.

Abg. Frhr. v. Münnich erklärt sich gegen die Altersgrenze von 14 Jahren. Die aus der Schule entlassenen Kinder wären in der Fabrik gut aufgezogen, und namentlich die Mädchen könnten früh anfangen zu sparen für ihre spätere Verheirathung. In Bezug auf die Maximalarbeitszeit empfiehlt er seinen vermittelnden Antrag. Abg. Stolle (Soz.) tritt für die Abschaffung der Kinderarbeit ein, namentlich aus den Verhältnissen des Königreichs Sachsen, wo die Ausbeutung der Kinderarbeit in erfreulicher Weise grassire. Eine Industrie, die sich nur mit Hilfe der billigen Kinderarbeit halten könne, verdiene überhaupt nicht zu existiren. Er befürte es entschieden, daß in den Ländern mit 7jähriger Schulzeit die Schulbildung so groß sei wie in den mit 8jähriger Schulzeit. Man dürfe in der Verkürzung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter nicht zu ängstlich sein, die Industrie würde dadurch nicht gefährdet, sondern gerade zu neuer Blüthe gebracht werden.

Abg. Müller (nl.) stellt sich demgegenüber auf den Standpunkt des Kommissionsbeschlusses, welcher alles biete, was man zum Schutz der jugendlichen Arbeiter verlangen könne. Ein Vakuum zwischen Schule und Arbeit dürfe nicht bestehen.

Abg. Dr. Hirsch (dfr.) tritt entschieden für den Antrag Auer ein. Schon seit langen Jahren habe die freisinnige Partei den Schutz der Unmündigen als eine Aufgabe des Staates betont. Die Beschäftigung von 13jährigen Kindern habe auch für den Fabrikbesitzer keinen Werth, wenn er sie nicht auch zehn Stunden arbeiten lassen könne. Da sei es besser, die ganze unselige Kinderarbeit abzuschaffen. Die physische und moralische Atmosphäre der Fabrik passe für Kinder nicht. Sehr nötig sei auch die Schonung der jugendlichen Arbeiter. Bei uns, wo die industrielle Reservearmee so groß sei, wo viele erwachsene Arbeiter keine Arbeit finden, könne die Industrie es wohl vertragen, wenn die jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren nicht mehr als zehn Stunden arbeiten. Das 17. und 18. Jahr seien noch Jahre der Entwicklung, ja die eigentliche Entwickelungszeit für Körper und Geist. Der Einwand, daß die Maximalarbeitszeit für diese jugendlichen Arbeiter den allgemeinen Maximalarbeitstag zur Folge haben würde, müßte dann auch für die Maximalarbeitszeit der Arbeiter unter 16 Jahren gelten. Wenn man schon die jugendlichen Arbeiter 12 oder 13 Stunden arbeiten lasse, so bleibe ihnen keine Zeit, sich weiter zu bilden, dann würden sie abgetumpft gegen alles Höhere und zu Arbeitsthieren gemacht. Gerade in diesen Jahren erwache die Verbitterung, der pessimistische Standpunkt bei den Arbeitern.

Abg. Grilleberger (Soz.)wendet sich gegen die Ausführungen des Bayerischen Bevollmächtigten. Wenn man in Bayern das Vakuum zwischen Schule und Fabrikarbeit nicht dulden wolle, so solle man entweder die 8jährige Schulzeit einführen oder die Schulzeit mit dem siebten Lebensjahr beginnen lassen. Die internationale Konferenz sei lediglich eine Vertretung der Bourgeoisie gewesen. Das 12. Jahr sei als Altersgrenze für das Verbot der Kinderarbeit nur auf Drängen der romanischen Delegirten festgesetzt worden. Aber für Deutschland könne man das nicht einführen, da hier die Kinder nicht so früh reif werden wie in den südl. Ländern.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird die Diskussion geschlossen.

Hierauf wird § 135 nach dem Kommissionsbeschuß unter Ablehnung der Anträge Auer und Frhr. v. Münnich angenommen.

§ 136 verbietet die Nacharbeit (von 8½ Uhr Abends bis 5½ Uhr Morgens) der jugendlichen Arbeiter, sowie die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen und regelt die Pausen. Derselbe wird in der Kommissionssatzung angenommen.

Als § 136 ist von den Sozialdemokraten die Einführung des Maximalarbeitstags beantragt worden und zwar vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes auf 10 Stunden, vom 1. Januar 1891 auf 9, vom 1. Januar 1898 auf 8 Stunden festgesetzt; für Arbeiten unter Tag und für Betriebe mit ununterbrochener Tag- und Nacharbeit schon vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes auf 8 Stunden.

Abg. Grilleberger (Soz.) bezeichnet den Maximalarbeitstag als den Grund- und Eckstein für jedes wirkliche Arbeiterschutzgefecht. Man leiste dadurch einer vernünftigen, sicciven Fortentwicklung der Arbeiterverhältnisse Vorrich. Die Sozialdemokraten verlangen damit viel weniger als die aufgeklärten Arbeiter draußen im Lande, die der Reichstagsfraktion wegen ihrer milden Haltung im Parlament Vorwürfe machen. Der zehnstündige Arbeitstag solle den Übergang zu einer internationalen Verständigung leichter herbeiführen. Der Umstand, daß in einer großen Reihe von Fabrikbetrieben die 9 bis 10stündige Arbeitszeit eingeführt sei, beweise, daß man mit einer geringeren Arbeitszeit auskomme. Aber es genüge nicht, diese Frage der gütlichen Vereinbarung zu überlassen, sondern hier müsse durch Gesetz eingegriffen werden, denn der Arbeiter sei bei der Werthlosigkeit seiner Koalitionsfreiheit gegen Nebengeriffe, gegen Arbeitsausbeutung seitens der Unternehmer nicht geschützt. Das beweisen am besten die in den letzten Tagen durch die sozialdemokratische Presse gegenwärtigen Enthüllungen über die Vergewaltigung der Arbeiter durch die Metallindustriellen in Verbindung mit den Behörden. Da wolle man den Leuten die Freiheit nehmen, bessere Arbeitsbedingungen, eine geringere Arbeitszeit zu verlangen, man wolle die Leute ausschließen, welche von ihrer Freiheit Gebrauch machen, Leute, die durchaus nicht immer Sozialdemokraten und teilsfalls Agitatoren sind. Um eine solche Vergewaltigung zu verhindern, müsse der Staat den Arbeitstag gesetzlich regeln.

Die mancherlei Partei wolle völlige Freiheit, aber diese Freiheit sei bei der wirtschaftlichen Schwäche der Arbeiter für diese illusorisch. Es komme schließlich auf die Befestigung der Kapitalmacht heraus, und eben dieselben Interessen verfolgten die Nationalliberalen. Die mit pommerischer Deutlichkeit gemachten Ausführungen des Abgeordneten v. Buttkamer, welcher jeden Beruf des Arbeiters zur Verbesserung seiner Lage als unmittelbar hinstellt, haben bewiesen, was die Herren von der Rechten bedeuten. Als noch Herr Wagner unter ihnen saß, schienen sie wenigstens arbeiterfreudlich, heute wollen sie es auch nicht mehr scheinen. Durch die neuen elektrotechnischen Fortschritte werden wieder Hunderttausende von Arbeitskräften überflüssig werden, wenn man nicht bald dazu übergeht, die Arbeitszeit gelegentlich zu verkürzen. Aber freilich, die Regierung sei die Dienstmagd des Kapitalismus, und wage nicht, etwas Ernstliches für die Arbeiter zu thun. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so sind wir erbötig Ihnen eine ganze Anzahl Ihrer Sünden zu vergeben. (Heiterkeit.)

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 5½ Uhr.

## Premischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom 16. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) Die zweite Berathung der Landgemeindeordnung wird fortgesetzt mit Paragraph 126 (Bildung von Zweckverbänden.)

Nach demselben können durch Beschuß des Kreisausschusses entweder mit Zustimmung der Beteiligten oder, wo ein öffentliches Interesse dies erhebt, auf Anordnung des Oberpräsidenten zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten Zweckverbände gebildet werden. Bei Verbindung von Landgemeinden und Gutsbezirken mit Stadtgemeinden tritt an Stelle des Kreisausschusses der Bezirkshausschuk.

Ein Antrag Frhr. v. Bedlich (frk.) will den letzten Satz hier streichen und als neuen § 135 an anderer Stelle einfügen.

## Feuerprobe.

Skizze von Francis Wolf.

(Nachdruck verboten.)

Es ist bald sieben Uhr, der Zuschauerraum des überaus freundlichen Theaters beginnt sich zu füllen. Die Gallerien sind schon dicht besetzt, Parkets und Logen noch ziemlich leer. Die Musiker stimmen ihre Instrumente und mit den durchheimander klingenden Tönen vermischen sich das Klappen der Sitze, die Stimme des die Plätze anweisenden Billeteurs und das undeutliche Gemurmel auf der Gallerie.

Mit dem Rücken an die Wand gelehnt, welche den Orchesterraum vom Publikum trennt, steht ein Herr. Die hohe, elegante Gestalt trägt einen scharf profilierten Kopf, dessen Gesichtszüge auf ungewöhnliche Charakterfestigkeit deuten. Kühl und gleichgültig schweift der Blick über die Menge, dennoch sagt das schöne, dunkle Auge, daß die Ruhe, welche in der ganzen Erscheinung sich ausdrückt, nicht Mangel an Temperament, sondern ein Produkt jahrelang geübter Selbstbeherrschung ist. Er hat manchem Grupe zu danken, gegen manche Loge verwöhnt sich zu verneigen.

Es ist Ulrich von Baldberg. Sein Geschlecht häusste seit alten Zeiten im Lande. Ein energischer, ehrenhafter Zug hatte sich von dem Ahnherrn bis auf den Letzten seines Stammes vererbt. Ulrichs Vorfahren waren stets sparsam gewesen, hatten

beinahe immer reiche Frauen gefreit, und so kam es, daß ihr Nachkommenschaft über ein schier märchenhaftes Vermögen gebot. Ulrich, der schon in seiner Kindheit Vater und Mutter verloren, benützte seinen Reichtum, um nach vollendetem Studium der Philosophie und abgelegtem Doktorat Reisen in allergrößtem Stile zu unternehmen. Man hatte ihn einen Sonderling genannt. Philosophie studieren . . . man fand das weder chic, noch praktisch. Entweder hätte er Offizier oder Diplomat werden sollen, meinte man. Ulrich kümmerte sich um die Meinung Anderer niemals, studirte, ritt und focht und begab sich dann mit einer eigens dazu ausgerüsteten Yacht auf Reisen.

Dies hat den Müttern und Töchtern der Gesellschaft sehr leid; den Müttern, denn er war Herr so vieler prächtiger, ertragfähiger Besitzungen, den Töchtern, denn er versprach außerdem ein schöner Mann zu werden.

Er hielt auch dieses Versprechen wie jedes andere, das er gab. Nach mehreren Jahren kam er zurück und galt binnen Kurzem für einen noch ärgeren Sonderling als in seinem Jünglingsalter. Die Sportswelt begriff nicht, daß er keine Rennpferde hielt und die Schöngeistern ärgerten sich über seine vollkommene Gleichgültigkeit gegen Virtuosen und Antiquitäten.

Nichtsdestoweniger fand er auf schönen und nicht schönen

Lippen immer ein süßes Lächeln, in feurigen und schmachtenden Augen verheizungsvolle Blicke.

Aber bald schalt ein Theil der Gesellschaft ihn unerträglich: er hatte um keine der vielen weißen Hände angehalten; und ebenfalls beschäftigte sich die chronique scandaleuse sehr ausgiebig mit ihm.

Er sollte heirathen, meinten einige seiner Standesgenossen. O ja, warum nicht? Im Grunde genommen war ihm sein fahrendes Ritterthum selbst schon zuviel geworden; die Gargon-Wirthschaft behagte ihm nicht mehr, seinem Hause, seinen Schlössern fehlte der Mittelpunkt.

Aber keine unter den vielen Damen der Gesellschaft genügte ihm. Gegen Höchlichkeit hatte er eine ebenso große Abneigung, wie gegen Dummheit. Vor Allem haßte er schwache Nerven und Feigheit.

„Die Frauen meiner Ahnherren“, sagte er, „waren alle kräftig und mutig. Sie fielen nicht in Ohnmacht, wußten nichts von Nerven und wichen weder dem körperlichen noch dem seelischen Schmerze aus, wenn es galt, Tüchtiges zu leisten. Meine Frau muß mir zugleich Kamerad sein!“

„Unsere Damen reiten und gehen auf die Jagd“, entgegnete man ihm.

„Ah, so war es nicht gemeint!“

Ein Antrag Frbr. v. Huene (Btr.) will die Bildung von Schulverbänden besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten.

Abg. v. Meyer (Arnswalde, mildkons.) modifiziert seine früher gemachte Äußerung, nach welcher die Gutsbezirke des Ostens die beste Armenpflege haben, dahin, daß er Sachen nicht einbegreifen habe, sowie daß auch in der Mark und in Pommern die Armenverpflegungsverhältnisse manches zu wünschen übrig lassen. Redner giebt zu, daß es Fälle giebt, in denen eine Vereinigung von Gutsbezirken und Landgemeinden zum Zwecke einer besseren Armenpflege entgegen seiner prinzipsellen Ansicht angezeigt erscheint. Doch werde er jedenfalls in zweiter und dritter Lesung gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. v. Heydebrand u. d. Lasa (kons.) erklärt, daß seine politischen Freunde an dem über die Zweckverbände geschlossenen Kompromiß festhalten und deshalb die Kommissionssatzung unter Ablehnung der vom Abg. v. Huene beantragten Änderung annehmen werden.

Abg. Frhr. v. Bedlich (frk.) tritt entgegen dem Antrage v. Huene für die Möglichkeit ein, Zweckverbände für die Schulverhältnisse einzurichten. Sein eigener Antrag sei nur redaktioneller Natur, da dieser Abschnitt nur von dem Verhältnis der Gutsbezirke zur Landgemeinde spricht, nicht aber von dem Verhältnis der Stadtgemeinden.

Minister Herrfurth will ebenfalls nicht an dem Kompromiß rütteln und erklärt sich mit dem redaktionellen Antrage von Bedlich einverstanden. Dem Antrage v. Huene wolle er nicht widersprechen, da es nicht die Absicht der Regierung sei, die Bildung von Schulverbänden bis zum Erlass eines Schulgesetzes lediglich auf Grund der Landgemeindeordnung zu bestimmen. Doch werde der Antrag besser zu den Übergangsbestimmungen am Platze sein.

Abg. v. Huene (Bentr.) zieht seinen Antrag daraufhin bei diesem Paragraphen zurück, um ihn zu § 142 (Übergangsbestimmungen) einzubringen.

§ 126 wird darauf mit dem Antrag v. Bedlich angenommen.

§§ 126a, 127, 128 werden ohne Debatte angenommen, ebenso § 129 (Statut des Zweckverbandes) mit einem Antrag Bohz, nach welchem das Statut nicht bloss im Regierungsamtssblatt, sondern auch im Kreisblatt veröffentlicht werden soll.

Zu § 136 (Aufsicht des Staates) wird ein vom Abg. Bohz beantragter, am Schlusse des Abschnittes einzufügender § 141a angenommen, nach welchem die Oberaufsicht über Zweckverbände, in denen Stadtgemeinden eingegliedert sind, in erster Instanz dem Regierungspräsidenten, in letzter dem Oberpräsidenten zukommt.

§§ 137–141 werden ohne Debatte angenommen.

Zu § 142 (Übergangsstellung) hat die Kommission die Bestimmung eingefügt, daß Privatrechte durch das Gesetz nicht geschmälerd werden dürfen, und daß öffentlich rechtliche Verhältnisse, die auf besonderem Rechtstitel beruhen, insofern in Kraft bleiben, als sie von den bisherigen gesetzlichen Vorschriften abweichende Bestimmungen enthalten.

Ein Antrag Freiherr v. Bedlich will das Inkraftbleiben der bisherigen Privatrechte befeitigen.

Ein Antrag Schmid (Warburg Bentr.) schlägt in Bezug auf die öffentlich rechtlichen Verhältnisse eine andere Präzisierung dahin vor, daß dieselben in Kraft bleiben, soweit sie nicht auf Rechtsnormen, sondern besonderem Titel beruhen.

Ein Antrag Avenarius (natl.) will den ganzen Passus beseitigen.

Herner steht bei diesem Paragraphen der bei § 126 zurückgezogene Antrag Freiherr v. Huene zur Berathung, die Bildung von Schulverbänden besonderer gesetzlicher Regelung zu überlassen.

Eine zweite von der Kommission beschlossene Einführung, welche für die bestehenden Ortsstatuten und Gewohnheitsrechte eine Übergangszeit von 3 Jahren festsetzt, will ein Antrag Avenarius (natl.) auf die „bis zur Bekündigung“ bestehenden Ortsstatuten u. s. w. beschränken.

Abg. Freiherr v. Huene bittet nach den Erklärungen des Ministers zu § 126 um Annahme seines Antrages, der nur das auspreche, was im Sinne der Kommissionsschlußschrift liege.

Abg. v. Heydebrand u. d. Lasa spricht sich gemäß der früher abgegebenen Erklärung gegen den Antrag v. Huene aus. Der Antrag v. Bedlich habe gewisse Bedenken, die aber die konervative Partei nicht aufrecht erhalten wolle. Dagegen werde es angezeigt erscheinen, alle auf öffentlichem Recht beruhenden Rechte und Pflichten in Kraft zu lassen. Denn es sei ein Grundsatz der Gesetzgebung, daß bei neuen Gesetzen alte Rechte gewahrt würden.

Abg. Frhr. v. Bedlich (frk.) erklärt sich entschieden gegen den Antrag v. Huene, da die Regierung an und für sich bei der Bildung von Schulverbänden eine entscheidende Mitwirkung habe. Der Zeitpunkt für das Zustandekommen des Volksschulgesetzes sei ungewis.

Minister Herrfurth vertheidigt seine früheren Ausführungen zu dem Antrag v. Huene. Da das Nichtzustandekommen des Volksschulgesetzes in dieser Session sicher sei, so werde, wenn eine entsprechende Bestimmung in das Gesetz nicht aufgenommen werde, ein anomales Verhältnis in der Behandlung der Volksschulangelegenheiten in den verschiedenen Provinzen eintreten.

Abg. Rittert (frk.) hält ebenfalls die Streichung des Ablasses für angezeigt. Der Minister werde hoffentlich die freudige Würdigung der Freisinnigen bei diesem Gesetze anerkennen. Wenn gleichwohl in der Presse und zwar in erster Reihe in der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ es so hingestellt wird, als ob wir Alles thun, um das Zustandekommen des Gesetzes zu vereiteln, so gehe ich darauf nur ein, weil die Mittheilung durch die Presse geht, daß das Blatt wieder in Beziehung zur Regierung steht wie zur Zeit des Fürsten Bismarck, wo sie denselben weiblichen Papier zur Verfügung stellte. Was sie sagt, ist eine positive Unwahrheit. Wenn wir unsere Meinung dahin zum Ausdruck bringen, daß wir die Regierungsvorlage für das Beste halten, was uns augenblicklich geboten wird, so können wir damit doch nicht das Zustandekommen des Gesetzes vereiteln wollen. Wenn es wahr ist, daß die „Nordde. Allg. Ztg.“ offiziös ist, würde ich ihre lächerliche Behauptung um der Regierung willen bedauern; es wäre traurig, wenn wir auf den glücklich überwundenen Standpunkt zurückkommen sollten, daß wir eine offiziöse Heßpresse haben, die den Thatsachen in dieser Weise ins Gesicht schlägt, daß wir wieder dieselbe Korrigierung der öffentlichen Meinung durch das Offiziösenthum haben, unter der wir gelitten haben. Vielleicht nimmt die Regierung Veranlassung, darauf eine Antwort zu geben. Wir werden Alles thun, um das Gesetz möglichst schnell zu Stande zu bringen, denn wir bliden mit Sehnsucht nach dem anderen Ende der Leipziger Straße hin. Wir sind dafür, daß die dritte Lesung so bald wie möglich in Angriff genommen wird, schon Montag. Vielleicht wird die „Nordde. Allg. Ztg.“ daraus den Schluss ziehen, daß die freisinnige Partei, weil sie in dieser Beziehung den Konservativen widergesprochen, das Zustandekommen des Gesetzes vereiteln will. Wir aber wollen die Landgemeindeordnung nicht als Ultimatum, sondern als Grundlage für eine andere allgemeine Organisation des Landes (Weißfall links).

Minister Herrfurth: Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, ebenso wie die früheren Artikel des Blattes über die Landgemeindeordnung mir gänzlich fremd sind, und die Feindseligkeiten zwischen mir und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ irgendwie bestehen.

§ 142 wird darauf mit dem Antrag Bedlich und dem zweiten Antrage Avenarius, sowie mit dem Antrage Freiherr v. Huene angenommen, ferner die §§ 143, 144. Die zu dem Gesetz vorliegenden Petitionen werden durch die Beschlusssatzung für erledigt erklärt.

Eine zu dem Gesetz vorliegende Resolution um baldige gesetzliche Regelung des Außenrechts wird nach kurzer Debatte angenommen.

Damit ist die zweite Berathung der Landgemeindeordnung erledigt.

Präsident v. Koeller schlägt nunmehr vor, um die dritte Berathung der Landgemeindeordnung am Montag beginnen zu können, den Sonnabend frei zu lassen und am Freitag die erste Berathung des Rentengesetzes vorzunehmen.

Über diesen Vorschlag entspaltet sich eine längere Geschäftssitzung des Deutschen Reichs, in welcher allseitig der Wunsch ausgesprochen wird, den Freitag und Sonnabend zwecks Verständigung der Fraktionen für die dritte Lesung der Landgemeindeordnung freizulassen.

Minister Herrfurth spricht Namens der Staatsregierung den Wunsch aus, die Berathungen so einzurichten, daß das Herrenhaus möglichst schon bei seinem Zusammentreten die erste Berathung der Landgemeindeordnung vornehmen kann und betont, daß die Regierung Werth auf möglichst einstimmige Annahme der Vorlage legt.

Präsident v. Koeller modifiziert darauf seinen ursprünglichen Vorschlag dahin, daß er die nächste Sitzung auf Montag 11 Uhr anberaumt mit der Tagesordnung: Dritte Lesung der Landgemeindeordnung.

Schluß nach 2½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 16. April. Bis zum Augenblick, wo wir dies schreiben, liegen die Ergebnisse aus 88 von 91 Wahlbezirken des 19. hannoverschen Wahlkreises vor. Die noch ausstehenden Wahlbezirke, durchaus ländliche, werden das Gesamtergebnis nur unwesentlich ändern können. Die Aenderung wird ohne Zweifel zu Gunsten des Fürsten Bismarck erfolgen, aber, wie gesagt, in feiner Weise entscheidend sein. Eine Stichwahl zwischen dem Fürsten und dem sozialistischen Kandidaten ist unvermeidlich. Betrachtet man die vorliegenden Zahlen im Vergleich zu denen vom Februar 1890, so zeigt sich ein allgemeiner Rückgang der Wahlbeteiligung. Es sind jene drei Wahlbezirke selbstverständlich abgerechnet, rund 1400 Stimmen weniger als im Vorjahr abgegeben worden. Da nun aber anzunehmen ist, daß die Freisinnigen, die So-

zialdemokraten und die Welfen die äußersten Anstrengungen gemacht haben, so entfällt das Minus auf den Fürsten Bismarck. Mit anderen Worten: Zahlreiche Nationalliberalen, denen die politischen Anschaulungen des Fürsten im Bezug auf die Fragen, die der Reichstag gegenwärtig zu entscheiden hat, nicht behagen, sind der Urne fern geblieben. Fürst Bismarck hat nun allerdings bei Weitem mehr Stimmen als einer seiner Gegenkandidaten erhalten, und es könnte hiernach gleichgültig sein, ob es 1400 Stimmen mehr oder weniger sind, die er bekommen hat, weil ein Durchdringen im ersten Wahlgange ja doch nicht möglich war. Indessen stellt sich die Frage anders für die Stichwahl. Hier werden die Nationalliberalen, die jetzt auf die Stimmenabgabe verzichtet haben, nicht mehr vor der Frage stehen, ob sie einen anderen Kandidaten lieber gehabt hätten, sondern die Frage ist für sie einfach: Für oder gegen den Fürsten Bismarck, und es ist sonach mit Sicherheit zu erwarten, daß sie im zweiten Wahlgange an der Urne erscheinen werden. Berechnet man also die Aussichten des Fürsten für die Stichwahl, so müssen diese nationalliberalen Abstimmenden dem Fürsten Bismarck zu gute geschrieben werden. Damit ist aber seine Wahl noch nicht völlig als gesichert anzusehen. Es kann wohl sein, daß ein Theil der Freisinnigen und Welfen doch noch für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmt, nicht alle selbstverständlich, aber immerhin ein Bruchteil. Wenn wir uns in diesen vorsichtigen Erwägungen den Stimmen anschließen, die mit der Möglichkeit eines Misserfolges des Fürsten rechnen, so müssen wir zur Vollständigkeit allerdings hinzufügen, daß nach unserer subjektiven Überzeugung Fürst Bismarck doch wohl siegen wird. Steht so das schließliche Ergebnis der Geestemünder Wahl annähernd fest, so schwindet damit nicht das Interesse für die Einzelheiten des Wahlkampfes. In dieser Hinsicht ist es die merkwürdigste aller dabei in Betracht kommenden Erscheinungen, daß die Sozialdemokraten trotz äußerster Anspannung ihrer Kräfte um rund 1100 Stimmen gegen den Februar 1890 abgenommen haben, während die Freisinnigen einen Zuwachs von rund 400 Stimmen erhalten haben. Was die Einbuße der Sozialdemokratie anlangt, so ist sie um so auffälliger, als die Beseitigung des Sozialistengesetzes den Herren von der Sozialdemokratie absolut freie Bahn zur Betreibung ihrer Agitation geschaffen hatte. Es muß denn doch wohl so stehen, daß mit dem Wegfall dieses Gesetzes die Energie der Partei erschlaßt ist. Der Schluß darf um so eher gezogen werden, als es den Sozialisten nicht zum zweiten Male so gut gehen wird wie in Geestemünde, wo sie ja gegen ihren größten und kräftigsten Gegner, den Fürsten Bismarck, zu kämpfen hatten, eine Aufgabe, die natürlich die Spannkraft der Anhänger außerordentlich steigern mußte. Die Herren Sozialdemokraten waren im Reichstage heute ziemlich kleinlaut. Sie hatten noch gestern prophezeit, daß sie mindestens 1000 Stimmen mehr als im vorigen Jahre bekommen würden, und heute bleibt ihnen nur übrig, eine Blamage zu verzeichnen. Ob das Anwachsen der welfischen Stimmen um etwa 400 nur vorübergehende, lokale beschränkte Gründe hat, möchten wir hier unerörtert lassen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß im Reichstage nahezu das gesamte Interesse auf die Geestemünder Deputirten gerichtet war. Jede neu einlaufende Nachricht gelangte sofort zur allgemeinen Kenntnis, und auch am Bundesrathstisch herrschte die lebhafte Theilnahme.

Der Kaiser traf am Donnerstag Morgen 9 Uhr zur Kompanie-Berathung des 1. Garde-Regiments zu Fuß im Lustgarten in Potsdam ein. Nach Beendigung der Besichtigung begab sich der Kaiser nach dem Regimentshäuschen des 1. Garde-Regiments zum Frühstück.

Ministerialrat Camp hat nach dem „Berl. Tgl.“ eine ausführliche Denkschrift ausgearbeitet über die Mittelstände an der Produktions- und Effektenbörse und die zu deren Abhilfe praktisch erscheinenden Mittel. Diese Denkschrift ist vor einiger Zeit dem Handelsminister v. Berlepsch übergeben worden.

Unser Führer Eugen Richter ist den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge, deshalb schimpft Herr Liebknecht bei jeder Gelegenheit auf ihn wie ein — Liebknecht. Anlässlich der neuesten Maßregeln, welche man gegen die Ver-

Man bemühte sich nicht mehr, ihn zu verstehen, und der Sonderling sprach darüber nicht wieder...

Ulrich steht im Theater und betrachtet das Publikum. Nun haftet sein Blick auf einer jungen Dame, die in derselben Reihe mit ihm ihren Sitz hat.

„Ein interessanter Kopf“, denkt er, und dabei fällt ihm, dem Kenner, die anspruchslose Vornehmheit der lässig ruhenden Gestalt auf.

Jetzt ertönt das Zeichen, die Musik beginnt die Ouvertüre, Ulrich setzt sich.

Der Vorhang geht in die Höhe, und der erste Akt spielt sich ab. Im Bühnerraume herrscht tiefe Stille, als es mit einem Male unruhig wird. Ein brandiger Geruch hat sich verbreitet und plötzlich sieht man auf der Bühne einen lichten Schein.

„Feuer“, schreit entsetzt eine Stimme, und damit ist das Lösungswort zu einer ungeheuren Panik gegeben. Die Schauspieler eilen von der Bühne, die Musiker flüchten aus dem Orchesterraume, das Publikum drängt mit wahnsinniger Hast den Ausgängen zu. Ein Stoßen, Drücken, Kreischen, Jammern entsteht, vor den wenigen Thüren holt sich die Menge, tobend und sinnglos vor Angst, in ihrem Knäuel. Einige stürzen, die Anderen, in blindem, rücksichtslosem, brutalem Selbstbehaltungstrieb, treten über sie hinweg.

Auf der Bühne greifen die Flammen mit rasender Schnelligkeit um sich, erstickender Rauch weht dem Athem — da raffelt die eiserne Courtine herab.

Ulrich ist auf seinem Platze geblieben. Umsonst hat er versucht, die Menge zu beruhigen. Rings um ihn her ist es

leer. Nur wenige Schritte von ihm entfernt steht die junge Dame, die vorhin seine Aufmerksamkeit erregt hatte. Ihr Antlitz ist blaß, doch ruhig, die schlanke Gestalt bebt nicht. Ulrich nähert sich ihr.

„Sie fliehen nicht?“ fragt er.

„Sie deutet auf die Menge.“

„Soll ich mich drängen wie sie? Ueber Andere hinweg mein Leben retten? Nein!“

Er bleibt neben ihr stehen und sieht sich nach Rettung um. Alle Thüren sind durch die Menschen versperrt. Einige erklettern die Logenbrüstungen, Andere stürzen dem Orchesterraume zu und übersteigen die Wand. Auch hier denkt Jeder nur an sich, stößt unbarmherzig den Schwächeren zur Seite. Unsanft prallt Einer an Ulrichs Gefährtin, daß sie taumelt. Schützend legt Ulrich den Arm um ihre Schulter.

Von außen hört man verworrenen Lärm, der aber fast übertönt wird von den wilden Schmerzenslauten derer, die noch immer dem todbringenden Raume nicht entronnen sind.

Plötzlich ertönt ein gellender Schrei: „Die Gallerie brennt!“

Ulrich hat dem Tode oftmals furchtlos ins graue Auge gesichtet. Aber es ist anders, ihn in der nächsten Sekunde zu erwarten, und anders, in unberechenbarer Zeit ihn langsam auf sich zukommen zu sehen.

Die Gestalt in seinem Arm ist zusammengeschrumpft, und er blickt hinab in ihr großes, klares Auge.

„Es heißt sterben, nicht wahr?“

„Der starke Mann vermag nicht zu antworten.“

„Meine armen, armen Eltern!“ flüstert sie, und er zieht sie, fast unbewußt, näher an sich.

Unterdessen brennt es auf der rechten Seite der Gallerie und gierig verbreiten sich die züngelnden Flammen; erstickender Rauch erfüllt den Raum.

Ulrichs Blick irrt, Rettung heischend, an den Wänden umher. Da durchzuckt ihn ein Gedanke. Vor der Loge des Intendanten, die er manchmal betreten hat, führt in das Parter ein Gang, der durch eine Tapetenthür geschlossen ist. Ulrich eilt, seine Gefährtin mit sich ziehend, zur Wand und sein scharfes Auge entdeckt den in einer Verzierung verborgenen Knopf. Dem Drucke weicht die Thür und tiefaufsichtig steht sie in dem dunklen Gange.

Er reicht ihr den Arm, und ruhig, aber wortlos verlassen sie das brennende Gebäude. An der bewegten Menge von Schauspielern, Militär und Löschmännern vorüber, geleitet er sie in eine stillen Gasse.

Sie blicken zurück. Aus dem Dache züngeln die Flammen; das Theater ist unrettbar verloren.

Nun durchbrechst ein Schauer die Gerettete und im Bewußtsein dessen, dem sie entronnen, ersticht Schluchzen ihre Stimme, während sie ihr Haupt an seiner Schulter birgt. Leise küsst er ihr Haar.

Als sie sich aufgerichtet hat, führt er sie zu einem Wagen. Sie reicht ihm die Hand, die er festhält. Dabei umfaßt sein Blick nochmals die Gestalt, die in der Gefahr sich so tapfer gehalten hatte.

Der Wagen rollt davon.

Ulrich sieht ihr lange nach. Er weiß, daß er seinen „Kameraden“ gefunden hat.

liner Börse treffen zu wollen scheint und zu deren baldigem Bekanntwerden in weiteren Kreisen Herr Eugen Richter das Seinige beigetragen zu haben sich wieder einmal schmeicheln darf, läßt sich der genannte sozialdemokratische Abgeordnete in seinem hinlänglich bekannten anmutigen Stil folgendermaßen im „Vorwärts“ vernehmen:

Herr Eugen Richter, dieser Erz-Bourgeois ist recht böse, daß man anscheinend Maßregeln gegen die Börse zu treffen suchen soll. Er gönnt zwar den Agrariern nicht die Gewinne aus den Schätzöllen, aber wohl den mit Getreide spekulierenden Haulenzern ihre Börsendifferenzen. Wenn der Staat den Börsianern das Handwerk zu legen versucht, dann wird Richter die Welt aufrufen zur Vertretung der heiligsten Interessen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, der Freiheit des Börsenpiels.

Herrn Liebknecht wird es niemals demand recht machen können, er schimpft nach Bedürfnis heute auf die Agrarier, morgen auf die „Bourgeois“, deshalb ist es am besten, man läßt ihn ruhig und im Frieden austoben, bis die „Genossen“ selbst ihm den Laufpass geben.

## Telegraphische Nachrichten.

**Geestemünde**, 16. April. Reichstag-Ersatzwahl. Wahlergebnis aus 88 (von 91) Wahlbezirken: Fürst Bismarck 6995, Adolf 2501, v. Plate 2927, Schmalfeld 3853 Stimmen. Eine Stichwahl bleibt erforderlich.

**Köln**, 16. April. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Luxemburg vom gestrigen Tage, daß der Großherzog beabsichtige, die Luxemburgischen Privatdomänen des verstorbenen Königs von Holland anzukaufen, über den Kaufpreis seien Unterhandlungen im Gange. Es wird hinzugefügt, die Regierung habe, um die durch das Gesetz verbotene Bildung eines Majorats zu ermöglichen, der Kammer einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen Annahme zweifellos sei.

**Essen a. d. Ruhr**, 16. April. Der „Rhein.-Westf. Ztg.“ zufolge hat seit heute Morgen auf der Zeche „Eintracht-Tiefbau“ bei Steele, Schacht Nr. 2, die ganze Belegschaft die Arbeit niedergelegt in Folge der Weigerung der Verwaltung, die bekannten Forderungen wegen Lohnhöhung und Schichtdauer zu bewilligen. Auf Schacht 1 arbeitet alles. — Auf Zeche „Sellerbeck“ bei Mühlheim a. d. Ruhr streikt seit heute früh die ganze aus 247 Mann bestehende Belegschaft des Schachtes „Carnall“, weil die Verwaltung wegen technisch erforderlicher Beschränkung 36 Arbeitern zum 30. April geneckt hatte.

**Hamburg**, 16. April. In der vergangenen Nacht wurde ein von mehreren Betrieben benütztes großes Fabrikgebäude in der Glashüttenstraße durch Feuer zerstört.

In dem Maschinenraum des im Hafen liegenden englischen Dampfers „Minian Stuart“ wurde ebenfalls in der vergangenen Nacht durch Feuer großer Schaden angerichtet.

**München**, 16. April. Die Handelskammer Oberbayerns sprach sich in ihrer gestrigen Sitzung für den schleunigen Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages mit Brasilien aus und befürwortete eine deutsch-nationale Ausstellung in Berlin. Dem Münchener Lokalkomitee für die Londoner Ausstellung wurde die Hälfte der demselben erwachsenden Kosten bewilligt. Die Handelskammer sprach ferner ihre Befriedigung über den voraussichtlichen Abschluß eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages sowie die Hoffnung aus, daß ähnliche Verträge mit anderen Kulturstaten bald nachfolgen werden.

**Wien**, 16. April. Unter den heute dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Initiativanträgen sind hervorzuheben, ein Antrag Brades auf Abstempelung ausländischer Wertpapiere, ein Antrag Kindermanns auf Herabsetzung des Zolles auf Kaffee und Petroleum, ein Antrag Mauthners betreffend die Steuerfreiheit von Arbeiterwohnungen. Unter den Nachtragskrediten befindet sich auch eine Kreditsforderung von 10 000 Gulden zur korporativen Beteiligung der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens an der diesjährigen internationalen Kunstausstellung in Berlin.

**Rom**, 16. April. Das Grünbuch über die Mission Antonellis und die afrikanischen Angelegenheiten gelangte heute in der Deputirtenkammer zur Vertheilung. Dasselbe enthält unter anderen eine Anzahl Briefe des Königs Menelik an den König Humbert. Aus den Berichten Salimbenis und Antonellis geht hervor, daß Menelik die Übersetzung des Artikels 17 des Vertrages von Usschali für unrichtig erklärt und Schwierigkeiten bezüglich der Feststellung der italienischen Grenze am Mareb gemacht habe. König Menelik und Antonelli seien schließlich dahin übereingekommen, daß der Artikel 17 in den beiden Texten unverändert bleiben solle und hätten ein in diesem Sinne in amharischer Sprache abgefaßtes Schriftstück unterzeichnet. Später habe Antonelli festgestellt, daß dem Vertrage ein Wort hinzugefügt worden sei, durch welches der Artikel 17 annulliert wird. Antonelli habe hierauf erklärt, das Schriftstück sei von Menelik geändert und er sei deshalb mit den übrigen italienischen Vertretern abgereist. Ein Bericht Antonellis vom 14. November 1890 spricht von den Umtrieben französischer Agenten, die bis in die nächste Umgebung des Negus ausgedehnt worden seien. Später wurde mitgetheilt, daß Makonnen Antonelli, als er diesen von Choa nach Harrar am 25. Februar d. J. begleitete, davon verständigt habe, daß Frankreich dem König Menelik 40 000 Gewehre angeboten habe. Menelik habe zu wiederholten Malen von der Nützlichkeit eines Einvernehmens zwischen England, Italien und Aethiopien gegenüber den Deutschen gesprochen. Das Grünbuch schließt mit Briefen des Königs Menelik an den König Humbert und den Ministerpräsidenten di Rudini, welche nach der Abreise Antonelli's geschrieben sind und den Wunsch aussprechen, daß die Angelegenheiten Aethiopiens in Europa unter Mitwirkung Italiens geregelt würden.

**Rom**, 16. April. Deputirtenkammer. Auf die Anfragen der Deputirten Marinuzzi und Incchini über die Vorgänge in New-Orleans antwortete der Ministerpräsident di Rudini, vier der Geflüchteten seien Italiener gewesen. Er habe von der Regierung der Vereinigten Staaten befriedigende Versicherungen erhalten, dieselben seien auch von dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Rom persönlich bestätigt worden. Rudini verläßt ferner ein Telegramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harrison, an den Gouverneur von Louisiana, in welchem Letzterer aufgesfordert wird, die Schuldigen der Justiz zu überliefern. Neben der gerichtlichen Verfolgung der Schuldigen — fuhr Rudini fort — habe Italien auch eine Entschädigung für die Hinterbliebenen der Opfer verlangt. Da das Vorgehen der Vereinigten Staaten der ertheilten Zusage nicht entsprach, habe sich Italien gezwungen gesehen, die formelle Versicherung zu verlangen, daß die Schuldigen öffentlich angeklagt werden sollten und daß die Entschädigung der Hinterbliebenen im Prinzip anerkannt werde. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe jedoch erklärt, dem nicht entsprechen zu können, da die Verfassung ihr nicht gestatte, sich in die Angelegenheiten des Staates Louisiana zu mischen.

**Paris**, 16. April. Guten Vernehmen nach sprach sich der Ministerrat in seiner heutigen Sitzung für die Ernennung des bisherigen Präfekten des Rhônedepartements, Cambon, zum Generalgouverneur von Algier aus. Das bezügliche Dekret soll am Sonnabend unterzeichnet werden.

**Ville**, 16. April. Bei Raismes stieß gestern Abend ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen, wobei zwölf Personen verletzt wurden.

**London**, 16. April. Unterhaus. Der Staatssekretär des Inneren Matthews erklärte in Beantwortung einer Anfrage, der von der Polizei wegen Sittlichkeitsvergehens verfolgte Deputierte Verney habe dem Sprecher von Paris aus telegraphisch angezeigt, daß er, als er in Italien von dem gegen ihn erlassenen Verhaftsbefehl gehört, sofort die Rückreise nach England angetreten habe, und morgen einzutreffen gedenke.

**London**, 16. April. „Reuters Bureau“ meldet aus Rangoon von heute: Kapitän Presgrave bestand am 14. d. M. ein Gefecht mit 300 Manipuris bei Palei unweit Thobal. Der Feind wurde zurückgeworfen und durch berittene Infanterie verfolgt. Die Manipuris verloren fünfzig Tote, die Engländer hatten keine Verluste. Der Zweck der Manipuris, den Stamm der Chins zur Sperrung der Straße von Tamu nach Palei zu veranlassen, wurde durch das Gefecht vereitelt.

Das in Simla erscheinende amtliche Blatt veröffentlicht einen Nachruf für Quinton und seine Gefährten und fügt hinzu, zur exemplarischen Züchtigung der Unthät der Manipuris seien Maßregeln getroffen.

**London**, 16. April. Der Uniondampfer „Mexikan“ ist gestern auf der Heimreise von Capetown abgegangen.

**Charleroi**, 17. April. Der Verein „Ritter der Arbeit“ im Kohlenbeckten Charleroi, welcher gegen 20 000 Mitglieder zählt, beschloß am 1. Mai zu feiern.

## Angekommene Fremde.

**Posen**, 17. April.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Opitz von Boberfeld aus Witowitz bei Woynowitz, Pr.-L. Bodarg und Bedienung aus Tressow, Mathes aus Janowitz und Heckmann aus Westpreußen, Architekt Daniel aus Marburg, Fabrikant Flörsheim aus Annaberg, die Kaufleute Beckmann aus Frankfurt a. M., Schlie aus Odessa, Rumens aus Esslingen, Behler aus Albersleben, Blausteinburg aus Bordeaux, Mamlos aus Glogau, Wetterström und Brister aus Berlin, Lindau aus Stettin, Kottlarz aus Breslau.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Skrzewski aus Mechlin, Paliszewski aus Gembic und Lukomski aus Biechowo, Baumüller Schudt aus Inowrazlaw, die Eigentümerastowksi aus Skotnik, Frau Kilkner und Frau Podoska aus Warschau, Frau Baruchowska und Tochter aus Kujland, Student Szczepkowski aus Slawin, Leblanc aus Paris, die Kaufleute Diegel und Frau aus Wongrowitz, Matulke aus Breslau.

Hotel de Rome. — E. Westphal & Co. Oberamtmann Rimann aus Wiry, Ober-Steuerinspektor und Hauptmann a. D. Euler aus Weseritz, die Ober-Zoll-Inspektoren Hellmann aus Skalmierzyce und Tschope aus Bogorzelice, Pastor Pidert aus Schröda, die Kaufleute Stein, Moser und Dierig aus Berlin, die Laubell, Pid und Iserhagen aus Hamburg, Zimmermann aus Mad i Tokai, Bube aus Hanau, Ribbert aus Hohenlimburg, Büchler aus Solingen, Josephs aus Bremen, Knoche und Waldmann aus Breslau, Stachi aus Chemnitz, Caffier aus Leipzig, Schaaf aus Deidesheim.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Oblecke aus Breslau, Walter aus Liegnitz, Vogel aus Berlin, Ziegler aus Hamburg, Kunow aus Leipzig, Photograph Marek und Hotelier Habusch aus Berlin, Professor Döring aus Göttingen.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Rose aus Berlin, Hahn aus Wiesbaden, Laut aus Dresden, Rendant Ort aus Hirschberg und Chemiker Blaum aus Liepae.

Hotel de Berlin (W. Kamieński.) Berl.-Inspektor Heiderodt aus Magdeburg, Direktor Wanzyński aus Antonin, Landwirt Tybłewski aus Komalew, Baumüller Frankenberg aus Gniezen, die Kaufleute Bojanowski aus Buk, Sobel aus Krefeld, Grodzicki aus Konin und Kamienski aus Thorn.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Weigert aus Berlin, Goelder aus Neustettin, Roman aus Danzig, Schott aus Dresden, Unternehmer Schäfer aus Wreschen, Bahnhof-Restaurateur Gellert aus Janowitz, Eisenbahnbeamter Sieg aus Schneidemühl, Juwelier Hartmann aus Leipzig, Pramaner Reißig aus Oppeln und Lehrer Becker aus Brück.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Heinrich aus Grünberg, Neumann und Meißner aus Breslau, Schwieger aus Leipzig, Greßdorff aus Stettin, Machol aus Zinn, Leiser aus Erm und Kolbitz aus Berlin, Bahnhofswirth v. Kobylanski aus Neusalz und Ingenieur Wienecke aus Berlin.

## Handel und Verkehr.

**\*\* Köln**, 16. April. Die „Kölner Volkszeitung“ meldet: Das westfälische Kotschindiat verkauft an Dewendel in Hayingen 216 000 Tonnen Kots, lieferbar für das zweite Semester 1891 und zwar 144 000 Tonnen zum Preise von 13 M. pro Tonne, 72 000

Tonnen, angeblich für französische Hochöfen bestimmt, zum Preise von 11 M. pro Tonne. Das Kotschindiat ging die Verpflichtung ein, im Innlande nicht unter 13 M. pro Tonne zu verkaufen.

**\*\* München**, 16. April. Die Thommarenfabriken in Schwandorf und Schwarzenfels sind in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Das Grundkapital beträgt 500 000 M., außerdem ist eine fünfprozentige Hypothek von 500 000 M. übernommen worden. Zum Aufsichtsrath gehört auch Graf Holmstein.

**\*\* Wien**, 16. April. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird sich der Verwaltungsrath der Buchdrucker Bahn von der am 16. d. M. stattfindenden Generalversammlung bevollmächtigen lassen, die gesamte Prioritätsschuld der Bahn zu konvertieren. Ein hierauf bezüglicher Punkt befindet sich auf der Tagesordnung. Ferner wird sich die Verwaltung ermächtigen lassen, weitere Prioritäten bis zur zulässigen Maximalhöhe auf Grund des erhöhten Aktienkapitals auszugeben.

**\*\* London**, 16. April. Die Bank von England hat heute den Diskont von 3 Proz. auf 3½ Proz. erhöht.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1891.

Datum	Barometer auf 0 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur.
16. Nachm.	758,3	W SW frisch	bedeckt	+ 8,4
16. Abends	758,1	W schwach	halbheiter	5,1
17. Morgens	755,7	S leicht	bedeckt	+ 4,7
Am 16. April	Bärme-Maximum	+ 9,2°	Cess.	
Am 16.	Bärme-Minimum	+ 4,3°	=	

## Wasserstand der Warthe.

Posen	am 16. April	Morgens 2,56 Meter.
=	= 16.	Mittags 2,56 =
=	= 17.	Morgens 2,62 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

**Breslau**, 16. April. Still. 3½%ige L-Pfandbriefe 97,60, 4%ige ungarische Goldrente 92,00, Konkordirte Türken 19,05, Türkische Loope 78,25, Breslauer Diskontobank 104,10, Breslauerbank 103,25, Schlesischer Bankverein 120,25, Kreditaktien 164,65, Donnersmarchhütte 80,90, Oberthiel. Eisenbahn 67,50, Oppelner Cement 196,00, Kramka 130,00, Laurahütte 123,75, Verein. Oelfabrik 106,75, Österreichische Banknoten 240,90.

Schles. Zinsfatten 190,00, Oberschles. Bergbau 110,00, Archimedes 115, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,00, Flöther Maschinenbau 105,40.

4½ prozent. Obligationen der Oberthießen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz 100,85, Schlesische Dampfschiffskompanie 109,25.

**Frankfurt a. M.**, 16. April. (Schluß). Lustlos.

Lond. Wechsel 20,38 4proz. Reichsanleihe 106,00, 3proz. — österr. Silberrente 80,80, 4proz. Papierrente 81,10, do. 5proz.

89,40, do. 4proz. Goldrente 97,50, 1860er Loope 125,00, 4proz. ungar. Goldrente 92,00, Italiener 93,00, 1880er Russen 99,20, 2. Orientanl. —, 3. Orientanl. 76,50, unifiz. Egypter 98,20,

3½ proz. Egypter 93,90, tont. Türken 18,95, 4proz. turt. Anl. 85,00, 3proz. portug. Anl. 55,60, 5proz. serb. Rente 91,80, 5proz. amort. Rumäni 99,90, 6proz. toni. Merit. 88,50, Böh. Westb. 307, Böh. Nordbahn 178, Central-Pacific 107,90, Franzosen 217, Galizier 187, Gotthardbahn 154,80, Hess. Ludwigsb. 115,50, Lombarden 101,74, Lübeck-Büchen 166,50, Nordwestb. 184, Kreditaktien 262, Darmstädter 145,60 ex, Mittels. Kredit 104,80, Reichsb. 142,60, Diskonto-Kommandit 197,40, Dresden. Bank 148,00, Pariser Wechsel 80,825, Wiener Wechsel 175,00, serbische Tabaksrente 92,00, 4prozent. Spanier 75,50.

Court Bergwerksaktien 91,00, Privatdiskont 2½ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265, Franzosen 217, Galizier —, Lombarden 101, Egypter —, Kreditaktien 197,10.

**Wien**, 16. April. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 344,00, österr. Kreditaktien 300,00, Franzosen 248,10, Lombarden 117,10, Galizier 213,40, Nordwestbahn 211,00, Elbthalbahn —, österr. Papierrente 92,45, do. Goldrente 111,00, 5proz. ungar. Papierrente 101,40, 4proz. do. Goldrente 105,30, Marknoten 57,12, Napoleon 9,24, Banknoten 114,60, Tabakaktien 159,75, Alpine Montan 96,10, Unionbank 238,25, Länderbank 218,50, Still.

**Paris**, 16.

Umsatz 1500 Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,45 Br., per August-Dezember 6,70 Br. — Wetter: Regnerisch.

**Berl.**, 16. April. Getreidemarkt. Weizen sehr fest, per Frühjahr 9,50 Gd., 9,55 Br., per Mai-Juni 9,44 Gd., 9,46 Br., per Herbst 8,93 Gd. 8,95 Br. Hafer per Frühjahr 7,67 Gd. 7,70 Br., per Herbst 6,63 Gd., 6,65 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,81 Gd., 6,83 Br. — Kohlraps per August-September 17,40 Gd., 17,50 Br. Wetter: Schön.

**Paris**, 16. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen träge, per April 30,20, per Mai 30,10, Mai-August 29,90, per September-Dezember 29,40. — Roggen ruhig, per April 19,20, per September-Dezember 19,40. — Mehl träge, per April 65,00, per Mai 64,60, per Mai-August 64,60, per September-Dezember 64,60. Rübel ruhig, per April 75,50, per Mai 76,00, per Mai-August 76,75, per September-Dezember 79,00. Spiritus fest, per April 42,00, per Mai 42,50, per Mai-August 43,00, per September-Dezember 41,75. — Wetter: Schön.

**Paris**, 16. April. (Schlussbericht.) Rohzucker 88g ruhig, loko 36,25 a 36,50. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilo per April 37,87 $\frac{1}{2}$ , per Mai 38,00, per Mai-August 38,25, per Oktober-Januar 35,62 $\frac{1}{2}$ .

**Havre**, 16. April. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baisse. Rio 2000 Sad, Santos 7000 Sad. Recettes für gestern.

**Havre**, 16. April. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 106,25, per September 101,25, per Dezember 91,00. Schleppend.

**Amsterdam**, 16. April. Java-Kaffee good ordinär 61 $\frac{1}{2}$ .

**Amsterdam**, 16. April. Getreidemarkt. Weizen per November 257. — Roggen per Mai 179 a 180, per Oktober 170 a 169.

**Antwerpen**, 16. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 16 $\frac{1}{2}$  bez. und Br., per April 16 $\frac{1}{2}$  bez., per Mai 16 Br., per Juni 16 $\frac{1}{2}$  Br., per September-Dezem- ber 16 $\frac{1}{2}$  Br. Fest.

**Antwerpen**, 16. April. Getreidemarkt. Weizen höher. Roggen fest. Hafer fest. Gerste begeht.

**London**, 16. April. An der Küste — Weizenladung angeboten. — Wetter: Bewölkt.

**London**, 16. April. Chili-Kupfer 51 $\frac{1}{4}$ , per 3 Monat 52 $\frac{1}{2}$ .

**London**, 16. April. 96v Et. Javazucker loko 15 $\frac{1}{4}$  ruhig. — Rüben-Rohzucker loko 13 $\frac{1}{4}$ . Ruhig.

Centrifugal Cuba 15 $\frac{1}{4}$ .

**London**, 16. April. (Wollauktion.) Stimmung fest bei lebhafter Beteiligung. Der Schlüß der Wollauktion erfolgt am 28. April.

**Liverpool**, 16. April. Baumwolle (Anfangsbericht). Durchmäßiger Umsatz 8000 B. Ruhig. Tagesimport 17000 Ballen.

**Liverpool**, 16. April. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 B. Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: April-Mai 4 $\frac{1}{2}$ , Käuferpreis, Mai-Juni 4 $\frac{1}{2}$ , Juni-Juli 4 $\frac{1}{2}$ , Verkaufspreis, Juli-August 4 $\frac{1}{2}$  Käuferpreis, August-September 4 $\frac{1}{2}$  do., September-Oktober 4 $\frac{1}{2}$  do., Oktober-November 4 $\frac{1}{2}$  do., November-Dezember 4 $\frac{1}{2}$  Käuferpreis.

**Liverpool**, 16. April. (Offizielle Notirungen.) Amerikaner good ordinary 4 $\frac{1}{2}$ , do. low middling 4 $\frac{1}{2}$ , Amerikaner middling 4 $\frac{1}{2}$ , middling fair 6 $\frac{1}{2}$ , Bernam fair 5 $\frac{1}{2}$ , do. good fair 5 $\frac{1}{2}$ , Ceara fair 5 $\frac{1}{2}$ , do. good fair 5 $\frac{1}{2}$ , Bahia fair —, Maceio fair 5 $\frac{1}{2}$ , Maranhão fair 5 $\frac{1}{2}$ , Egyptian brown fair 5 $\frac{1}{2}$ , do. do. good fair 5 $\frac{1}{2}$ , do. do. white fair 5 $\frac{1}{2}$ , do. do. good fair 6 $\frac{1}{2}$ , do. do. good —, M. G. Broach good 4 $\frac{1}{2}$ , do. fine 4 $\frac{1}{2}$ , Dholleiah fair 3 $\frac{1}{2}$ , do. good fair 3 $\frac{1}{2}$ , Dholleiah good 3 $\frac{1}{2}$ , do. fine 4 $\frac{1}{2}$ , Domra fair 3 $\frac{1}{2}$ , do. good fair 3 $\frac{1}{2}$ , do. good 4 $\frac{1}{2}$ , do. fine 4 $\frac{1}{2}$ , Scinde good fair —, do. good 3 $\frac{1}{2}$ , Bengal good fair 3 $\frac{1}{2}$ , do. good fair 3 $\frac{1}{2}$ , do. do. good 4 $\frac{1}{2}$ , do. Western fair 3 $\frac{1}{2}$ , do. do. good fair 3 $\frac{1}{2}$ , do. do. good 4, Peru rough fair —, do. do. good

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4 $\frac{1}{2}$  M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 16.		Brnsch. 20. T.-L.	— 104,25 G.	Schw. Hyp.-Pf. 4 $\frac{1}{2}$	102,50 G.	Warsch.-Terres. — 164,20 bz G.	Belohnen.-Prior. (SNV).....	144,20 bz G.	Pr.-Hyp.-B. I. (rz. 120) 4 $\frac{1}{2}$	Bauges. Humb. 6
Amsterdam... 3		8 T.	168,50 bz G.	Serb.-Gld.-Pfd. 5	93,80 bz B.	do. Wien. — 248,00 bz	do. Gold-Prior. 5	101,25 G.	do. VI. (rz. 100) 5	130,40 G.
London ... 3		8 T.	20,35 5 bz	do. Rente. 5	91,80 bz G.	do. Weichselbahn. — 80,80 bz	do. Gold-Prior. 5	101,30 bz	do. VII. (rz. 100) 5	126,00 B.
Paris... 3		8 T.	80,75 bz	do. do. nsse 5	91,90 bz G.	Stockh. Pf. 87. 4	159,25 bz	101,30 bz	Passage ..... 3	155,30 bz G.
Vien ... 4		8 T.	174,85 bz	do. St.-Anl. 87. 3 $\frac{1}{2}$	101,10 bz G.	Stockh. Pf. 87. 4	101,10 bz	95,50 bz G.	U. d. Linden 10	26,50 bz G.
Augsburg ... 4		3 W.	240,00 bz	Span. Schuldt. 4	76,00 B.	Amst.-Rotted. —	159,25 bz	101,25 G.	Berl. Elekt.-W. 10	181,25 bz G.
Warschau ... 4		8 T.	240,30 bz	Pfd. Sterl. ov. 1	24,49 bz G.	Gotthardbahn	101,10 bz	101,25 G.	Berl. Lagerhof 0	18,10 bz G.
In Berlin 3. Lombard 3 $\frac{1}{2}$ u. 4.				do. do. 4	19,05 B.	Ital. Mittelm. 5 $\frac{1}{2}$	137,75 bz G.	101,30 bz	do. St.-Pr. 0	116,25 B.
Ausländische Fonds.				do. do. 4	75,50 bz	Lüttich.-Lmb. 2,50	24,70 bz G.	101,30 bz	Ahrensbr. Mbt 0	60,00 bz G.
Argentin. Anl. 5			51,75 bz	do. do. 4	19,05 B.	Lux. Pr. Henri 2,50	57,80 bz	101,30 bz	Berl. Book.-Br. 0	71,25 bz G.
do. do. 4			42,75 5 bz	do. do. 4	75,50 bz	Kozlowski-Wor. g. 4	101,60 G.	101,30 bz	Bresl. Oefw. 4 $\frac{1}{2}$	16,20 G.
Bukar.-Stadt-A. 5			98,00 bz G.	do. do. 4	75,50 bz	Ivanov.-Domb. g. 4 $\frac{1}{2}$	93,75 bz	101,30 bz	Deutsch.-Asph. 2	77,75 G.
Buen. Air.-G. 5			43,50 bz	do. do. 4	75,50 bz	Kursk.-Chark. 89	94,93 G.	101,30 bz	Dynamit-Trust 8 $\frac{1}{2}$	155,80 G.
Chines. Anl. 5 $\frac{1}{2}$			109,10 bz B.	do. do. 4	75,50 bz	do. Chark.-As.(O) 4	93,75 bz	101,30 bz	Erdmannsd. So 6 $\frac{1}{2}$	92,00 bz G.
Dän. Sts.-Avs. 3 $\frac{1}{2}$			94,40 bz	do. do. 4	75,50 bz	(Oblig.) gar. 4	94,90 G.	101,30 bz	Fraust. Zucker 0	108,25 bz G.
Egypt. Anteile 4			91,40 w	do. do. 4	75,50 bz	Kursk.-Kiev conv 4	94,90 G.	101,30 bz	Gamm.-Habg. 8 $\frac{1}{2}$	121,50 B.
do. do. 4			98,10 bz	do. do. 4	75,50 bz	Losow.-Sebast. 5	98,40 G.	101,30 bz	Glauz. do. 29	27,50 G.
Finnländ. L. 5			59,00 G.	do. do. 4	75,50 bz	Mosco.-Jareaslaw 5	76,10 G.	101,30 bz	do. Schwant. 7	195,00 B.
Griech. Gold-A. 5			90,00 bz G.	do. do. 4	75,50 bz	Pr.-Kurste. gar. 4	89,30 G.	101,30 bz	do. Voigt-Winde 7	134,75 bz G.
do. cons. Gold 4			66,00 bz	do. do. 4	75,50 bz	do. Rijasen gar. 4	89,50 G.	101,30 bz	do. Volpi-Schlütz 5 $\frac{1}{2}$	104,75 G.
do. Pir.-Lar. 5			88,80 bz G.	do. do. 4	75,50 bz	Orel.-Grijsay conv 4	93,75 bz	101,30 bz	Hemmoor Com 10	121,90 bz
Italien. Rente. 5			93,10 G.	do. do. 4	75,50 bz	Poti-Tiflis gar. 5	102,30 G.	101,30 bz	Köhlm. Strk. 14	208,50 Q.
Kopenh.-St. A. 3 $\frac{1}{2}$			94,75 G.	do. do. 4	75,50 bz	Rjasan.-Kostow g. 4	94,70 G.	101,30 bz	Körbisd.-Zuck. 5	25,00 bz G.
Lissab.-St. A.II. 4			71,25 bz	do. do. 4	75,50 bz	Rybinsk.-Bolog. 5	98,10 bz	101,30 bz	Löwe & Co. 18	29,25 bz
Mexiko. Anl. 6			89,80 B.	do. do. 4	75,50 bz	Schajua.-Ivan. gar. 5	100,40 G.	101,30 bz	Bresl. Linken. 14	159,10 bz
Mosk. Stadt-A. 5			76,00 bz G.	do. do. 4	75,50 bz	Südwestb. gar. 4	97,20 G.	101,30 bz	do. Hofm. 14	155,90 bz
Norw.-Hyp.-Ob. 3 $\frac{1}{2}$			95,40 bz	do. do. 4	75,50 bz	Transkauk. g. 5	85,20 G.	101,30 bz	Germ.-Vrz. Akt. 6	9,00 bz G.
Norw.-Ob. 3 $\frac{1}{2}$			101,10 bz	do. do. 4	75,50 bz	Ostpr. Südah. 5	114,20 bz	101,30 bz	Görlitz cv. 13	148,00 B.
Norw.-Ob. 3 $\frac{1}{2}$			99,90 bz G.	do. do. 4	75,50 bz	Wiener C.-Anl. 5	116,80 bz	101,30 bz	Görl. Lüdr. 13	173,90 bz
Norw.-Ob. 3 $\frac{1}{2}$			97,10 bz	do. do. 4	75,50 bz	Wladikaw. g. 4	97,00 G.	101,30 bz	Dresdener Bank 5	151,75 bz G.
Oest. G.-Rent. 4			97,40 B.	do. do. 4	75,50 bz	Weimar-Gera. 5	96,75 G.	101,30 bz	Grusonwrk. 5	168,60 bz
Oest. G.-Rent. 4			80,60 bz	do. do. 4	7					